

# AL Info<sup>2</sup> / 24

**3** Wechsel im Kantonsrat. Anne-Claude Hensch verlässt den Rat und auf sie folgt Gianna Berger. Redaktionsmitglied Andrea Leitner hat beiden geschrieben – und Antworten erhalten.

**4** Energie- und Stromversorgungs-gesetz: Abstimmung über ein komplexes Gesetz. Vorstandsmitglied Christian Häberli ordnet ein.

**8** Kollektivstrafen als Lösung gegen Ausschreitungen? Nein findet die AL. Mehr dazu in der Kolumne von Manuela Schiller.

AZB  
CH-8004 Zürich  
Post CH AG

## Verdrängung stoppen!

**Wer von einer baulichen Mehrausnutzung profitiert, soll eine angemessene Zahl von preisgünstigen Wohnungen erstellen. Dieser Grundsatz leuchtet offenbar ein. Die Stadtzürcher Volksinitiative «Hier leben, hier wohnen, hier bleiben» ist am 1. Mai 2024 lanciert worden.**

In den ersten Tagen haben sie bereits 2000 Zürcher:innen unterschrieben. Sie stützt sich auf den am 28. September 2014 ins kantonale Planungs- und Baugesetz (PBG) eingefügten § 49b. Er erlaubt den Gemeinden, für den bei Ein-, Auf- und Umzonungen anfallenden Nutzungszuwachs bei grösseren Überbauungen preisgünstigen Wohnraum einzufordern. Im Kanton haben 58, in der Stadt Zürich sogar 72 Prozent für diesen Zusatz gestimmt.

### **Grosse Investoren müssen Beitrag leisten**

Die von der Alternativen Liste (AL), Aktivist:innen der Mieter:innenbewegung und Einzelpersonen aus SP und Grünen lancierte Initiative will die Spielregeln für die Umsetzung des neuen § 49b in der Gemeindeordnung der Stadt Zürich verankern. Wer einen Stock höher bauen darf, soll die neu ermöglichten Wohnungen dauerhaft nach der Kostenmiete, wie sie für Baugenossenschaften gilt, erstellen und vermieten. Ohne eine solche Vorgabe würde die grosse Mehrheit der Bauherren das Ausnutzungs-Geschenk einfach einheimsen und keinen oder nur einen minimalen Beitrag zur Realisierung des 2011 beschlossenen wohnpolitischen Grundsatzartikels leisten (mindestens ein Drittel der Mietwohnungen in Kostenmiete bis 2050).

### **Moderater Mindestanteil**

Die Initiative verlangt zwar, dass die gesamte Mehrausnutzung als preisgünstiger Wohnraum realisiert wird. Bezogen auf die gesamte bauliche Ausnutzung der Liegenschaft bleibt der Anteil der preisgünstigen Wohnungen jedoch deutlich unter 50 Prozent. Wer das Recht erhält, auf seinem Grundstück ein Stockwerk mehr zu bauen, müsste je nach Zone nur zwischen einem Viertel (Wechsel von einer 3-geschossigen in eine 4-geschossige Wohnzone) und einem Sechstel (Wechsel von W 5 zu W 6) der Wohnungen preisgünstig erstellen und vermieten.

Bei der Ein- oder Umzonung von Grundstücken, die bisher noch nicht für die hochprofitable Wohnnutzung zugelassen waren, soll gemäss Initiative nur jede zweite Wohnung (50 Prozent) nach den Kriterien der Kostenmiete erstellt und vermietet werden.

### **BZO-Revision: Jetzt Weichen stellen!**

Mit der Forderung, bei Aufzonungen die gesamte Mehrausnutzung mit preisgünstigem Wohnraum zu belegen, grenzt sich die Initiative von der Haltung des Stadtrats ab. Dieser will generell nur für die Hälfte der Mehrausnutzung Wohnungen in Kostenmiete einfordern.

Dass der Stadtrat gerade jetzt auf die Bremse tritt, ist nicht nachvollziehbar. Am 28. November 2021 hat das Stimmvolk den kommunalen Siedlungsplan angenommen. Er sieht insgesamt 14 grosse Gebiete in Zürich Nord, Zürich West, Altstetten, Albisrieden, Friesenberg, Wollishofen, Leimbach und Witikon vor, die stärker baulich verdichtet werden sollen. Zur Umsetzung dieser Vorgaben

sind Aufzonungen im Rahmen der Bau- und Zonenordnung (BZO) erforderlich. Die Vorbereitungen für die entsprechende BZO-Revision sind bereits voll im Gang. Der Stadtrat hat dafür im April 2024 einen Kredit von 2,5 Millionen Franken bewilligt. Die neue BZO soll im März 2028 in Kraft treten.

Die Revision wird zu einem weiteren Schub von Ersatzneubauten führen. Mit den verbindlichen Vorgaben der Umsetzungs-Initiative können die Verdrängungs-Effekte eingeschränkt werden. Von Abbrüchen betroffene Mieter:innen erhalten die Chance, in Ersatzneubauten eine bezahlbare Wohnung zu beziehen.

Keine Bewilligung von baulicher Mehrausnutzung ohne eine angemessene Gegenleistung in Form von preisgünstigem Wohnraum: Unterschreibt die Initiative und sammelt Unterschriften!

**Walter Angst, Alt-Gemeinderat, Mitglied Initiativkomitee**

### **Was sind preisgünstige Wohnungen?**

Es gelten die Regeln der genossenschaftlichen Kostenmiete. Bei den Baukosten sind Höchstwerte vorgegeben. Landkosten dürfen 20 Prozent der Investitionskosten nicht überschreiten. Diese Vorgaben erlauben keine spekulativen Profite, aber immer noch eine angemessene Rendite. Mieter:innen von preisgünstigen Wohnungen müssen Belegungsvorschriften einhalten. Bei der Vermietung sollen Bewerber:innen zum Zug kommen, deren Haushalteinkommen nicht zu hoch ist. Preisgünstige Wohnungen können von privaten Investor:innen gebaut werden. Die Vorgabe kann aber auch über Verkauf oder Baurechtsabgabe eines Teils des Areals an einen gemeinnützigen Bauträger umgesetzt werden.

## Parolen

### Abstimmungen vom 9. Juni 2024:

#### BUND

Prämien-Entlastungs-Initiative **JA**

Kostenbremse-Initiative **NEIN**

Initiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit» **NEIN**

Energie- und Stromversorgungsgesetz **JA**

#### STADT ZÜRICH

Initiative «Mehr Alterswohnungen für Zürich» **JA**

Ausgaben Wache Süd Schutz & Rettung **JA**

Rahmenkredit EWZ **JA**

## Termine

**Abstimmungssonntag, 9. Juni:** Wir sammeln in verschiedenen Wahllokalen Unterschriften für die Umsetzungs-Initiative.

**Freitag, 14. Juni:** Feministischer Streik, Zürich und Winterthur.

Alle aktuellen AL-Termine sind jeweils online abrufbar auf unserer Homepage unter: [www.al-zh.ch](http://www.al-zh.ch)

## Impressum

Alternative Liste (AL) Molkenstr. 21, 8004 Zürich, [www.al-zh.ch](http://www.al-zh.ch)

**Sekretariat** Christian Caspar, Dafina Gash, Molkenstr. 21, 8004 Zürich  
sekretariat@al-zh.ch

Tel. 044 242 19 45 / 076 577 45 19

**Erscheint** 4 bis 6 mal jährlich

**Auflage/Druck** 1800 Ex.,  
Oesch Reliefdruck AG

**Layout** Christian Caspar, Dafina Gash

**Redaktion** Christian Caspar, Dafina Gash, Lisa Letnansky, Andrea Leitner, Rosa Maino, Niklaus Scherr

AL-Info ist das offizielle Publikationsorgan der Alternativen Liste. Der Abonnementspreis von CHF 10 ist im Mitgliederbeitrag enthalten.

# An die Arbeit, Stadtrat Hauri!

«Am 4. Mai 2021 haben der Vorsteher des GUD und die Direktorin der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW) mehreren tausend auf der Warteliste der SAW stehenden

Wohnungsbewerber\*innen die Mitteilung zugestellt, dass die Warteliste der SAW am 1. Oktober 2021 aufgehoben werde». Mit diesem Satz beginnt eine am 19. Mai 2021 eingereichte, von SP und Grünen mitunterzeichnete Interpellation der AL.

Das Schreiben der Stadt schlug ein wie eine Bombe. Betroffene protestierten vor dem Gemeinderat und organisierten sich in der Gruppe «So Nöd». Stadtrat Andreas Hauri reagierte rasch. Die Aufhebung der Warteliste wurde sistiert. Im Oktober 2021 wurde ein runder Tisch ins Leben gerufen, an dem die Crux der Vergabe von bezahlbaren Alterswohnungen bei einem viel zu kleinen Angebot besprochen wurde. Mit dabei war auch eine Vertreterin der Gruppe So Nöd. Härtegründe und das Datum der Anmeldung blieben wichtige Vermietungsfaktoren.

Von Protestbeginn an war klar, dass Warteliste und Vermietungsprozess nur das Symptom einer Systemkrise sind. Das Problem war und ist das Angebot – und das seit Jahren inexistente «Gschpüri» des Stadtrats. Trotz massiver Verschärfung der Lage auf dem Wohnungsmarkt stagnierte die Zahl der SAW-Wohnungen seit Jahrzehnten. Der städtische Wohnungsbau war auf junge Familien ausgerichtet. Nach der Rücknahme des Wartelisten-Entscheids kamen die protestierenden Senior:innen mit einer neuen Parole vor den Gemeinderat: «Jetzt fängt die Arbeit an, Herr Hauri» stand im Juli 2021 auf den Demo-Schildern.

Um der Forderung nach einer Bauoffensive Nachdruck zu verleihen, wurde am 6. Oktober 2021 die Initiative «Mehr Alterswohnungen für Zürich (Plus 2000)» lanciert. Ziel: Die Verdoppelung des Angebots von bisher 2000 auf 4000 Wohnungen im Jahr 2035. Nur mit diesem Ausbau kann den mit Abriss und tausendfachen Wohnungskündigungen konfrontierten älteren Menschen ein Ersatz angeboten werden. Bei Halbzeit der Sammelfrist wurden am 7. Januar 2022 7000 statt der notwendigen 3000 Unterschriften eingereicht – auch dank tatkräftiger Mithilfe der AL.

Dann geschah, was auch die Optimistischsten nicht erwartet hatten. Obwohl die Initiative die Latte hoch legt (plus 2000 in 10 Jahren), empfahl der Stadtrat die Initiative zur Annahme. Mit dazu beigetragen hat die Forderung, dass neben den Alterswohnungen der SAW und der Stadt auch die anderer gemeinnütziger Bauträger eingerechnet und Kooperationen gesucht werden sollen.

Der Gemeinderat folgte dem Stadtrat - einstimmig. Die Voraussetzungen für ein Revival des Baus bezahlbarer Alterswohnungen und einen Aufschwung des generationendurchmischten Wohnens stehen gut. Das im März 2024 vorgestellte Projekt der Siedlung Felsenrain in Seebach ist ein Beispiel dafür. Neben bezahlbaren Alterswohnungen entstehen dort auch bezahlbare Wohnungen der städtischen Stiftung für kinderreiche Familien.

Es besteht also Hoffnung, dass die Stadt älteren Menschen mit kleinen Renten nach einer Kündigung ihrer Wohnung ein Angebot für eine passende Ersatzwohnung machen kann.

**Walter Angst, Alt-Gemeinderat,  
Vorstandsmitglied AL**



Senior:innen-Demo vor dem Zürcher Gemeinderat 2021 (Bild: Niggi Scherr)

# Stabwechsel im Kantonsrat

Liebe Anne-Claude, liebe Gianna

Ich bewundere euch beide. Du, Anne-Claude, hast vom Moment an, als du der AL-Kantonsratsfraktion im August 2020 beitrast, einen Senkrechtstart hingelegt. Schon fast legendär ist, dass du in deiner allerersten Ratssitzung gleich fünfmal votiert hast. Noch nie habe sich jemand so schnell eingearbeitet wie du, attestierte dir der nicht für überschwängliche Komplimente bekannte damalige AL-Fraktionspräsident. Zwei Jahre später zogst du für die AL in den Regierungsrats- und 2023 in den Nationalratswahlkampf. Doch dann musstest du wegen Long Covid die Notbremse ziehen. In unserem Gespräch machtest du klar, dass du trotz dieser unsäglich zähen Krankheit nicht einfach die Hände in den Schoss legst. Du hast deine Lage analysiert, bist informiert, probierst aus. Du hast den Medien deinen Zustand offen kommuniziert. Ich freue mich auf den Moment, wo du fit genug

Liebe Andrea

Besten Dank für die Blumen. Ja, es ist schon brutal, genau zu dem Zeitpunkt von einem Virus körperlich derart ausgebremst zu werden, an dem ich im Kantonsrat endlich so richtig hätte Gas geben können. Jetzt nehme ich mir halt eine grosse Portion Zeit und Geduld für meine Genesung. Und sogar in diesem Zustand ist mir klar, dass ich mich nicht nicht für andere einsetzen kann. Das gehört einfach zu meiner DNA, dass ich mich für Menschen, die an den Rand gedrängt werden, einsetzen muss. Und da ich nun selbst zu so einer Gruppe gehöre – die, deren Namen nicht genannt werden darf

Liebe Andrea

Herzlichen Dank für die bestärkenden Worte. Du hast Recht, ich nehme eine neue und grosse Aufgabe auf mich und habe entsprechend viel Respekt davor, aber noch viel grösser ist im Moment meine Motivation. Ja, es gibt da tatsächlich einige Themen, mit denen ich mich noch nicht tiefgründig befasst habe. Genau dies kann doch für alle Beteiligten bereichernd sein: jemand wie ich, die mit einem Blick von aussen unvoreingenommen und jung über die nächsten 20 Jahre hinausdenkt.

Mit dieser Haltung sass ich dann am Montag auch in der ersten Ratssitzung und beobachtete, wie du richtig beschrieben hast, gespannt das Geschehen. Die Welt, die mir an diesem Vormittag im Rat präsentiert wurde, war eine äusserst ichbezogene. Es ging fast die ganze Rats-

bist, um dich – wie du selbst sagst – auch als Gesundheitsaktivistin zu engagieren.

Gianna, du bist für Anne-Claude nachgerutscht. Du gehörst im Kantonsrat gleich in vierfacher Hinsicht zur Minderheit: Du bist jung, weiblich, politisierst linksausen, und das erst noch in einer Minifraktion. Du bist dir bewusst, dass dies Zähigkeit, einen schnellen Geist und viel Sitzleder erfordert. Und du hast mir gesagt, du freust dich darauf. Deine erste Ratssitzung hast du gespannt mitverfolgt. Auch schaust du der Arbeit in der Kommission für Wirtschaft und Abgaben äusserst interessiert entgegen. Und bei alledem gilt es den pragmatisch-progressiv-linken AL-Fokus nicht aus den Augen verlieren. Damit wirst du von nun an deine jugendlich frische Seele belasten. Freiwillig und gerne! Hut ab, kann ich da nur sagen.

**Andrea Leitner, Redaktionsmitglied**

– liegt es für mich nahe, dass ich mich zum Thema Long Covid in irgendeiner Form einbringen werde. Und einmal AL, immer AL gilt übrigens auch.

Dir, liebe Gianna, wünsche ich viel Spass beim Politisieren im Rat. Es freut mich ungemein, dass eine junge Frau meine Nachfolge antritt. Nimm dir Zeit, um alles kennenzulernen, sammle Erfahrungen, lerne aus ihnen und vernetze dich gut – innerhalb wie ausserhalb der Partei. Du wirst das toll machen, meine Unterstützung hast du auf sicher!

**Anne-Claude Hensch, alt AL-Kantonsrätin**

sitzung hindurch darum, wieviel Zeit für die Sitzungen aufgewendet werden soll und wie häufig diese stattfinden sollen. Die meisten Ratsmitglieder sprachen über sich selbst. Die Voten beider Seiten wurden, so schien mir, primär für die Zuschauertribüne gehalten. Aus meiner Arbeit in der Psychiatrie kenne ich dies anders. Dort stehen die Bedürfnisse der Patient:innen im Mittelpunkt. Diesen Ansatz will ich auch in meiner Arbeit im Kantonsrat verfolgen: Die Anliegen der Wähler:innen müssen für mich im Zentrum stehen.

Positiv überrascht war ich von der Herzlichkeit, mit der ich parteiübergreifend begrüsst wurde. Jedenfalls bin ich gespannt auf alles, was da kommt und bin bereit, meine Energie dafür einzusetzen.

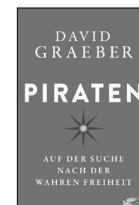
**Gianna Berger, AL-Kantonsrätin**

# AL-Buchtipps:



**David Winizki empfiehlt: Piketty, Thomas, Eine kurze Geschichte der Ungleichheit, C.H.-Beck, ISBN: 978-3-406-80864-7.**

Der Ökonom hat den Ruf des «Karl Marx des 21. Jh.» seinen beiden Wälzern «Das Kapital im 21. Jahrhundert» und «Kapital und Ideologie» zu verdanken. In diesem Buch fasst er seine Erkenntnisse in zehn Kapiteln auf nur 264 Seiten zusammen. Eigentlich müsste das Buch «Eine kurze Geschichte der Ungleichheit» heissen. Beschrieben wird mit anschaulichen Grafiken die Entwicklung europäischer Reichtümer durch Kolonialismus, Sklaverei und Industrialisierung. Am grössten war die Kluft vor dem 1. Weltkrieg. Piketty geht auch auf die Ungleichheit des Bildungsangebotes ein, welche die Vermögensunterschiede perpetuiert. Die Lösung sieht der Autor in progressiven Steuern auf Einkommen, Vermögen und Erbschaften und schlägt konkrete politische Schritte für eine globale Verminderung der Ungleichheiten vor. Das Buch liest sich leicht und hinterlässt viele wertvolle Einsichten in die komplexe Thematik von Ungleichheit, von Macht und Ohnmacht.



**Christian Caspar empfiehlt: Graeber, David, Piraten, Klett-Cotta, ISBN: 978-3-608-98719-5.** Der Anthropologe David Graeber entwickelt in

seinem Buch «Piraten» eine fesselnde Gegenerzählung zur verbreiteten eurozentristischen Geschichte der Aufklärung. Er richtet seinen Blick auf die Küsten von Madagaskar und zeichnet nach, wie die Ansiedlung der Piraten im 18. Jh. mit radikal-demokratischen Experimenten einhergeht, die sich als erste Ansätze des politischen Denkens der Aufklärung deuten lassen. Die Piraten bringen die demokratischen Organisationsformen von ihren Schiffen an Land und vermengen sie mit Elementen der traditionellen Kultur Madagaskars, woraus neuartige – egalitäre, basisdemokratische und deliberative – Regierungsformen hervorgehen. Graeber verbindet literarische Phantasien und historische Fakten zu einer ungemein spannenden und wissenschaftlich fundierten Spekulation über die Ursprünge der aufklärerischen Ideen von Freiheit und Demokratie – sehr lesenswert!

# Perfektes Puzzle oder

**Am 9. Juni 2024 stimmen wir über die gleichzeitige Revision von vier Gesetzen (vormals «Mantelerlass») ab. Die wichtigsten Änderungen erfahren das Stromversorgungs- und das Energiegesetz. Mit der Revision soll laut Bundesrat die «sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien sichergestellt werden». Ist diese Revision das perfekt passende Puzzle, wie es die Befürworter:innen darstellen, oder eine kopflose Panik-Reaktion auf die Diskussion um die Versorgungssicherheit, wie die Gegner:innen behaupten?**

Mit der Energiestrategie 2050 will die Schweiz ihr Energiesystem nachhaltig und klimafreundlich gestalten und gleichzeitig die hohe Versorgungssicherheit gewährleisten. Sie hat vier Ziele:

- den Ausbau der erneuerbaren Energien in der Schweiz vorantreiben;
- die Abhängigkeit von fossilen Energien aus dem Ausland reduzieren;
- den Energieverbrauch senken;
- die Energieeffizienz erhöhen.

Um das Klimaziel des Bundesrates für 2050 zu erreichen und die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu reduzieren, ist eine rasche Elektrifizierung im Verkehrs- und im Wärmesektor nötig. Daher ist ein verstärkter und rechtzeitiger Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien unumgänglich. Dies bedingt entsprechende Änderungen im Energiegesetz und im Stromversorgungsgesetz, die im vorliegenden «Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien» vorgenommen werden.

## Solare Anbauschlacht...

Von den 2022 in der Schweiz produzierten 63.5 TWh Strom stammte gut die Hälfte aus Wasserkraft, gut ein Drittel aus AKW und die restlichen gut 11% aus erneuerbaren Quellen sowie thermischen Kraftwerken. Bis 2035 soll die Stromproduktion so umgebaut werden, dass neu je rund die Hälfte aus Wasserkraft und «anderen Erneuerbaren» (Sonne, Wind) stammt. Bis 2050 soll sogar deutlich mehr als die Hälfte aus den anderen Erneuerbaren kommen. Diese Steigerung soll über einen massiven Zubau bei der Fotovoltaik erfolgen. 2023 erzeugten gut 200'000 inländische Fotovoltaik-Anlagen etwas mehr als 5 TWh. Um das in der Energiestrategie gesetzte Ziel von 45 TWh im Jahr 2050 zu erreichen, muss die inländische Produktionsmenge in den kommenden 25 Jahren also um das 9-fache erhöht werden. Das kommt einer veritablen Solar-Anbauschlacht gleich. Diese muss vorwiegend auf den Dächern der bestehenden Bauten stattfinden, denn dort ist das Ausbaupotenzial für Solaranlagen riesig.

## ...mit Risiken

Aber: Dieser monotecnologische Umbau ist äusserst riskant, sofern keine Begleitmassnahmen ergriffen werden. Risiken sind einerseits Produktionsausfälle aufgrund von unzutreffenden Wetterprognosen wie beispielsweise am 22. April dieses Jahres. Andererseits führt die Überproduktion von Solarstrom bei schönem Wetter zu Phasen mit negativen Strompreisen. Eine Studie der Elcom von 2021 stellt nüchtern fest: «Solange der Ausbau der erneuerbaren Energien weiter

zunimmt und weder bei den Stromspeichermöglichkeiten grosse Fortschritte gemacht werden noch bei der Last die Flexibilität erhöht wird und die Grenzübertragungskapazitäten in die Nachbarländer nicht ausgebaut werden, dürfte sich dieser Trend fortsetzen. Negative Preise am kurzfristigen Strommarkt sind jedoch kein Grund zur Sorge. Es ist ein notwendiger Marktmechanismus, um sicherzustellen, dass die Stromnachfrage dem Angebot zu jeder Zeit entspricht.» Da davon auszugehen ist, dass der Zubau von Fotovoltaik nicht auf einen Schlag erfolgen wird, bleibt Zeit, die notwendigen Begleitmassnahmen umzusetzen. Erforderlich ist einerseits die Schaffung von Speicherkapazitäten verschiedener Art. Andererseits braucht es intelligente Netze, die eine Flexibilisierung des Verbrauchs ermöglichen – eine Massnahme, die heikle Datenschutzfragen aufwirft.

## Versorgungssicherheit im Winter...

In der Abstimmungsbroschüre wird die Revision des Stromgesetzes primär mit der Sorge um die Stromimporte in der kalten Jahreszeit begründet. Wegen Konflikten wie dem Ukrainekrieg und weil andere europäische Länder selbst mehr Strom brauchen, um fossile Energieträger zu ersetzen, könnte es zu Engpässen bei der winterlichen Stromversorgung kommen. Um die Versorgungssicherheit zu stärken, muss mehr Strom im Inland produziert werden. Einerseits legt das revidierte Energiegesetz für Stromimporte im Winterhalbjahr als Richtwert eine Obergrenze von 5 TWh fest. Zudem müssen bis 2040 die Winter-Produktionskapä-



Kampagnensujet des überparteilichen Komitees (Bild: Stromgesetz Ja)

# Versorgungs-Panik?

zitäten um 6 TWh erhöht werden, davon 2 TWh sicher abrufbar. Die Erhöhung soll in erster Linie mit Speicherwasserkraftwerken sowie mit Solar- und Windkraftanlagen «von nationalem Interesse» erfolgen.

## ...versus unberührte Natur

Für Anlagen von nationalem Interesse sollen erleichterte Planungsbedingungen gelten. Hier setzt die Kritik der Gegner:innen der Abstimmungsvorlage an. Sie sehen die Verfassungsbestimmungen zum Natur- und Landschaftsschutz verletzt und werfen den eidgenössischen Räten vor, überstürzt weitreichende Entscheide gefällt zu haben, ohne sich Gedanken über mögliche Nachteile für die Natur zu machen. Zwar halte das neue Stromgesetz beschwichtigend fest, in Biotopen von nationaler Bedeutung seien neue Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien ausgeschlossen. Doch dieser Grundsatz werde mit neuen Ausnahmen gleich wieder ausgehebelt, etwa durch den fehlenden Schutz von Gletschervorfeldern.

## Anspruchsvolle Umsetzung

Die Vorlage fördert den Verbrauch von Strom nahe bei der Produktion. Dies ist insbesondere beim Solarstrom von Bedeutung, weil damit kostenintensive Netzausbauten entfallen. Die bestehenden

Fördermassnahmen werden ausgebaut. Die Abnahme- und Vergütungspflicht für Strom aus erneuerbarer Produktion wird beibehalten bzw. vereinheitlicht. Dies stellt die Elektrizitätslieferanten vor komplexe Herausforderungen, z.B. in der Beratung von Interessent:innen und bei der transparenten, verständlichen Abrechnung der verschiedenen Modelle. Zudem formuliert der Bundesrat jährliche Zielvorgaben für Effizienzsteigerungen, welche die Elektrizitätslieferanten erfüllen müssen, etwa mit der Subventionierung von stromsparenden Haushaltsgeräten.

## Fehlanreize bleiben

Auf der anderen Seite bleiben die Regelungen unangetastet, die dem übergeordneten Ziel «Energieverbrauch senken» potenziell entgegenwirken. Die Schweizerische Energiestiftung hat in einer kürzlich publizierten Studie nicht weniger als 112 Rechtsgrundlagen – Subventionen, Steuern, Abgaben oder Vorschriften – identifiziert, die beim Energieverbrauch Fehlanreize setzen. Allein bei sieben vertieft untersuchten Fehlanreizen beträgt das Einsparpotential 9 bis 10 TWh jährlich – dies bei einem Gesamtstromverbrauch von 63 TWh. Zwar enthält Art. 3 des revidierten Energiegesetzes Verbrauchsziele, wie stark der Energieverbrauch pro Kopf gesenkt werden soll. Allerdings wird der bisher in den Ener-

gieszenarien festgeschriebene Zielwert für den Stromverbrauch 2050 angepasst und beträgt neu minus 5 Prozent gegenüber 2000 statt wie bisher minus 18 Prozent. Diese Anpassung ist im Wesentlichen auf den Ausbau der Elektromobilität zurückzuführen. Aus diesem Blickwinkel erscheint der «Mantelerlass» in erster Linie als Rechtsgrundlage, mit der jeder Tropfen fossiler Brennstoff durch gleich viel Strom ersetzt werden kann. In der Abstimmungsvorlage fehlen konkrete, innovative, griffige Bestimmungen für Instrumente, welche Bevölkerung und Wirtschaft zu energiesparendem Verhalten anreizen könnten.

## Ablehnung wäre Rückschritt

Bei aller Kritik an der solaren Monokultur, der Durchlöcherung des Biotopschutzes und dem mangelnden Willen zum Energiesparen: Ein Nein zu dieser Vorlage wäre ein Rückschritt. Dann würden noch mehr fossile Not-Kraftwerke gebaut und wir haben wohl Wichtigeres zu tun, als eine erneute AKW-Diskussion zu führen. Auch nach einem Ja bleibt viel zu tun. Es gilt, die Umsetzung der Gesetzesrevision für Menschen mit kleinem Portemonnaie verträglich zu gestalten und bei den weiter bestehenden Fehlanreizen eine grundlegende Systemveränderung einzuleiten.

**Christian Häberli,**  
Vorstandsmitglied

## Liberalisierung durch die Hintertür?

**Bei der ganzen Debatte um die Revision des Stromversorgungsgesetzes ist ein Aspekt in der Öffentlichkeit praktisch unbeachtet geblieben. Neben der sicheren Versorgung mit erneuerbaren Energien hatte der Bundesrat auch die vollständige Liberalisierung der Stromversorgung in seine Vorlage gepackt. Beide Räte haben diesen Antrag einstimmig und praktisch diskussionslos rausgekippt.**

Worum geht es? Im autonomen Nachvollzug von neoliberalen EU-Reformen hatte Bundesbern 2000 eine vollständige Marktöffnung mit freier Wahl des Versorgers und rein marktorientierten Strompreisen beschlossen. Die dafür nötige vollständige Trennung von Stromnetz und Vertrieb hätte zur Zerschlagung des bewährten service public auf kommunaler Ebene geführt. Das Stadtzürcher ewz

und die EKZ des Kantons sollten in privatrechtliche AGs umgewandelt werden. In legendären Referendumsabstimmungen wurden 2000 und 2001 die Privatisierung von ewz und EKZ verworfen und im September 2002 auf Bundesebene die Liberalisierung des Strommarkts bachab geschickt. An allen drei Abstimmungen war die Alternative Liste als massgebliche Akteurin zuvorderst dabei. Das dreifache Nein läutete eine politische Wende und die Abkehr vom neoliberalen Privatisierungswahn der 1990er-Jahre ein. 2009 kam es dann zu einem Kompromiss mit einer Teil-Liberalisierung für Kund:innen über 100'000 kWh Verbrauch, die bis heute gilt.

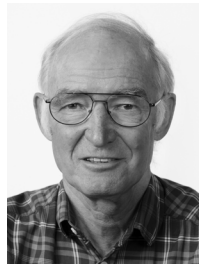
Trotz dem einmütigen Marktöffnungs-Nein beim StromVG droht jetzt erneut eine Liberalisierung durch die

Hintertür. Laut Verhandlungsmandat Ziffer 1.4.5 strebt der Bundesrat in den EU-Verhandlungen «eine vollständige Strommarktöffnung» an. Zwar wird versprochen, dass kleine Endverbraucher:innen «in der regulierten Grundversorgung mit regulierten Preisen verbleiben» können. Ein reines Liberalisierungs-Placebo: Denn bei einer vollen Marktöffnung folgen alle Tarife, auch die der Grundversorgung, den Marktpreisen. Eine direkte Anbindung an die effektiven Gestehungskosten der Bezüge aus Eigenproduktions-Anlagen und Partnerkraftwerken, wie sie etwa ewz in der Grundversorgung praktiziert, ist damit im Prinzip nicht mehr möglich.

Die AL bleibt am Ball!

**Niggi Scherr, Redaktionsmitglied**

## Aus Dietikon



**Für Personen, welche die Lokalzeitung nicht lesen, findet die Dietiker Gemeindepolitik nicht statt. Nur in der Limmattaler Zeitung erscheint**

**ein Bericht über die Gemeinderats-sitzung. Weder der Tagesanzeiger noch das Regionaljournal des Radios nehmen davon Notiz. Selbstverständlich ärgert mich dies sehr. Wenn ich allerdings die Flut der Vorstösse betrachte, welche sich mit dem Thema Littering beschäftigen, dann bin ich froh, dass nicht mehr darüber berichtet wird. Ein:e nicht ortskundige:r Leser:in müsste Dietikon zwangsläufig als Welthauptstadt des Litterings wahrnehmen. Dies stimmt nun bei bestem Willen nicht. Gewiss ärgere auch ich mich über die weggeworfenen Zigarettenstummel. Nur treffe ich viele saubere Strassen an. Was nützt eine Busse von Fr. 200 für einen weggeworfenen Zigarettenstummel, wenn praktisch niemand gebüsst wird? Ich denke, wir haben gewichtigere Probleme wie bezahlbare Wohnungen, Deutschkurse für Fremdsprachige oder genügend und bezahlbare Betreuungseinrichtungen für Kinder.**

**Im Gemeinderat stehen 12 Linke 24 Bürgerlichen inkl. GLP gegenüber. Mehrheiten finden wir nur mit den sechs Stimmen der Mitte oder der GLP und EVP (zusammen fünf Stimmen). Immerhin haben wir im letzten Jahr drei Abstimmungen mit Stichentscheid des Präsidenten gewonnen. Ein Tempo-30-Vorstoss fand eine klare Mehrheit. Im kommenden Jahr wird die BZO eines der wichtigsten Geschäfte sein. Hier sind wir in der vorberatenden Spezialkommission vertreten und können so unsere Anliegen rechtzeitig einbringen. Überdies ist mit Gestaltungsplänen zu rechnen, wo wir uns für bezahlbare Wohnungen einsetzen können. Einen kleinen Wirbel gab es übrigens, als der auf der Liste FreeGaza gewählte Max Bodenmann in persönlichen Erklärungen zum Nahostkonflikt den Gemeinderat als Podium für weltpolitische Äusserungen benutzte. Nun wird gar eine Ergänzung der Geschäftsordnung diskutiert.**

Ernst Joss, AL Dietikon

# Alternative Linke – ein Plädoyer!

**Die AL Winterthur ist nun eine Partei. Nach über 20 Jahren als lose Vereinigung ohne offizielle Mitglieder sollen klarere Strukturen geschaffen werden.**

Mit der Umwandlung in eine Partei geht auch eine Namensänderung einher. Neu heisst die AL in Winterthur «Alternative Linke». Damit will man sich in Winterthur nicht, wie vielleicht von einigen befürchtet, von den anderen AL's im Kanton abgrenzen. Im Gegenteil. Wir möchten eine innerparteiliche Diskussion anstossen und eine Namensänderung der anderen AL's anregen. Denn aus unserer Sicht ist die Bezeichnung als Liste spätestens mit der Parteigründung aus folgenden Gründen überholt:

### Alternative Politik statt alternativer Köpfe

Eine Liste rückt primär die Menschen in den Mittelpunkt, die auf dieser Liste stehen und im Parlament vertreten sind. Mit der Bezeichnung «Alternative Linke» wollen wir den Fokus weg von den parlamentarischen Köpfen auf eine umfassendere alternative Politik richten, die nicht nur im Parlament, sondern insbesondere auch ausserhalb davon stattfindet.

### Klare Positionierung

Immer wieder begegnen uns Menschen, die nicht wissen, wofür genau die Alternative Liste eigentlich steht. Letztendlich ist der Name wenig fassbar. Insbesondere für Menschen, die aus anderen Kantonen nach Winterthur oder Zürich ziehen. Als Alternative Linke ist die Positionierung klarer. Nicht nur ist auf den ersten Blick ersichtlich, dass die AL eine linke Partei ist, sondern dass sie auch eine wirkliche Alternative zu anderen linken Parteien darstellt.

### Nationale Anknüpfungspunkte

Wir wollen die AL grösser denken. Einerseits stellen wir mit der Namensänderung mehr Nähe zur mittlerweile einzigen anderen nationalen AL in Bern her. Andererseits unterstreichen wir den Anspruch der AL auf nationale Bedeutung, indem wir mit dem Namen an die 2018 aufgelöste nationale Alternative Linke anknüpfen.

### Ein frischer Wind

In den letzten Jahren fanden und finden in der AL sowohl in Winterthur wie auch in Zürich grosse personelle Veränderungen statt. Die Köpfe, die die AL die letzten Jahrzehnte geprägt haben, ziehen sich nach und nach aus der Öffentlichkeit zurück. Die Parteigründung und der Namenswechsel in Winterthur sind auch Ausdruck dafür, dass die neue AL-Generation angekommen und bereit ist, die Politik inner- und ausserhalb der Partei mitzuprägen. Eine Namensänderung könnte dementsprechend auch in Zürich ein emanzipatorischer Akt sein.

Ich hoffe, dass dieser Beitrag in einer Phase der Neuorientierung der AL Zürich die Diskussion «wohin will die AL und wie trägt sie diese Information nach aussen?» bereichert. Mir ist enorm wichtig, dass alles auf den Prüfstand gestellt werden kann. Auch wenn eine Namensänderung natürlich einen Wandel von bis anhin vorherrschender Selbstverständlichkeit darstellt. Als Vorstandsmitglied begleite ich diesen Prozess gerne und bin offen für Kritik und Anregungen aller Art. Ich freue mich in jedem Fall auf angeregte Debatten und lebendige Auseinandersetzungen.

**Roman Hugentobler,  
AL Winterthur**



Aus dem Archiv AL Neujahresapero 2018

# Kampf gegen häusliche Gewalt



**Ende April haben wir im Kantonsrat eine Änderung des Gewaltschutzgesetzes verabschiedet, welche auf eine Motion von AL-Kantonsrätin Judith Stofer zurückgeht.**

Die Motion beruft sich auf die 2018 ratifizierte Istanbul-Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und verlangt vom Regierungsrat, die Massnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von häuslicher Gewalt alle drei Jahre in einem ausführlichen Bericht zu evaluieren und zu veröffentlichen. Durch einen Antrag der SVP wurde nun auch ins Gesetz geschrieben, dass in den Berichten Daten zu Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit erhoben werden; durch einen Antrag der Grünen kamen Daten zur Art der Gewalt, der Verständigungssprache und der Mitbetroffenheit von Kindern hinzu. Das in diesem Zusammenhang wichtigste Merkmal fand leider keinen Eingang ins Gesetz und dürfte auch

schwierig zu eruieren sein. Häusliche Gewalt kommt in allen gesellschaftlichen Schichten vor – was die Fälle aber grossmehrfach vereint, sind die Männlichkeitsvorstellungen der Täter. Diese Vorstellungen und die damit einhergehenden Macht-, Dominanz- und Besitzansprüche sind die Hauptursache von häuslicher Gewalt, nicht die Farbe des Passes oder der soziale Status.

Bei den Auswirkungen der häuslichen Gewalt spielt der soziale Status aber durchaus eine Rolle, denn prekarierte Frauen haben einen viel geringeren Handlungsspielraum, sich zu wehren, weil sie finanziell abhängig sind von ihrem Partner oder weil ihr Aufenthaltsstatus an denjenigen des Ehemannes gebunden ist. Wir brauchen Opferschutz und Krisenzentren, wir brauchen gute Täterarbeit und wir brauchen Prävention, Aufklärung und eine Stärkung der Beziehungskompetenzen bereits in jungen Jahren. Nur so können wir häusliche Gewalt wirksam bekämpfen. Die dreijährlichen Berichte werden dafür hoffentlich ein nützliches Hilfsmittel sein.

**Lisa Letnansky, AL-Kantonsrätin**

# Hoch hinaus



**Obwohl sich der «Ergänzungsplan Hochhausgebiete» noch in Revision befindet, häufen sich im Gemeinderat Geschäfte mit Entscheidungen zu hohen Häusern.**

Einem Schulhausbau in der Grünau hat die AL-Fraktion zugestimmt. Da u.a. infolge Grundwasserschutz ein Bauen in die Tiefe nicht möglich ist, die Standortwahl jener der Quartierbevölkerung entspricht und im Gegenzug in der parallel laufenden BZO-Teilrevision «Quartierpark Grünau» das (Ergänzungsplan)-Hochhausgebiet II um den entsprechenden Geltungsbereich verkleinert wird, war für uns ein «Ja» zur Erweiterung des Hochhausgebiets II für die Schule legitim. Der Nutzen für das Gemeinwesen ist hier unbestritten. Hingegen haben wir den privaten Gestaltungsplan für das «Areal VZA1» beim Bahnhof Altstetten abgelehnt. Das 108m-UBS-Hochhaus wird trotz einigen nachhaltigen Elementen unserer Forderung nach

Bauen im Bestand niemals gerecht. In der Detaildiskussion beriefen wir uns auf die Einwendungen der AL zum Ergänzungsplan Hochhausrichtlinien: 80m Höhe als Maximalhöhe, ohne Ausnahme, auch bei vorhandenem Gestaltungsplan. Weiter sind die Leistungsmerkmale Mitwirkung auf Quartierebene, Gewinn für das Gemeinwesen, ökologische Nachhaltigkeit, finanzielle Mehrwertabgabe, preisgünstige Wohnungen, Beitrag zur Verdichtung zentral. Einzelne Punkte konnten als teilweise erfüllt betrachtet werden. Weder wird Wohnraum generiert noch ein Mehrwert fürs Gemeinwesen. Da muss mehr Qualität rausspringen, zumal die UBS durch die Verdoppelung der Ausnutzungsziffer von 350% auf 770% einen Gewinn aus dem Projekt zieht. Die UBS erhält von uns keine Ausnahmeerlaubnis. Was für die Bürgerlichen vorseilender Gehorsam in der vorgezogenen Anwendung des «Ergänzungsplans Hochhausrichtlinien» ist, ist für uns verantwortungsvolle Stadtentwicklung. Die Jungen Grünen haben gegen den Gemeinderatsbeschluss das Referendum ergriffen. – Die Sache ist noch nicht gelaufen!

**Tanja Maag, AL-Gemeinderätin**

# Unbequem & links

**7. Februar:** Mit Postulat 2024/42 fordern die Gemeinderäte David Garcia Nuñez und Moritz Bögli die Schaffung von Praktikumsangeboten im Gesundheitsbereich für Menschen mit Status F, S und B.

**19. Februar:** Das Recht auf Wohnen gehört in die Verfassung! Die von Kantonsrätin Lisa Letnansky miteingereichte parlamentarische Initiative 340/2023 wird der Kommission überwiesen.

**28. Februar:** EGMR-Entscheid im Fall Wa Baile: Die Kontrolle durch die Stadtpolizei und anschliessende Gerichtsverfahren versties gegen das Diskriminierungsverbot! In einer gemeinsamen Fraktionserklärung fordern wir mit Grünen und SP griffige und konsequente Massnahmen gegen Racial Profiling.

**20. März:** Gemeinderat überweist Postulat 2023/287 von Mischa Schiwoy und Patrik Maillard (beide AL) für einen «jüdischen Erinnerungsort Pfauen».

**27. März:** Eine Mehrheit von AL, SP und Grünen lehnt den Bericht zu verschiedenen Rechtsformen für das Stadtspital und den Antrag des Stadtrats zur Erarbeitung einer konkreten Ausgliederungs-Vorlage ab. Die AL-Fraktion ist darüber hochofreut, hat sie sich stets für ein demokratisch legitimes Stadtspital statt ein «Albtraum der Auslagerung» eingesetzt hat.

**3. April:** Gemeinderat überweist Motion 2023/547 von Sophie Blaser und Moritz Bögli: Auch Lernende der Stadt sollen einen Teuerungsausgleich erhalten.

**18. März:** Nicole Wyss reicht Anfrage 82/2024 zum freiwerdenden Areal Kinderspital ein.

**15. April:** Die AL veranstaltet das Podium «Gaza – wie weiter» und diskutiert, was Linke in der Schweiz tun können.

**24. April:** AL lanciert mit Verbündeten die städtische Umsetzungsinitiative «Hier leben, hier wohnen, hier bleiben» für mehr preisgünstigen Wohnraum bei Aufzonungen.

**1. Mai:** Das AL-Podium «Bist du arm, musst du früher sterben. Armut macht krank» lockt zahlreiche Interessierte an.

# Finanzen

Damit wir unbequem bleiben können, sind wir dankbar für jede Spende: Alternative Liste Zürich, IBAN: CH53 0900 0000 8706 3811 5

## Grundrechte gelten überall



2004 wurde in Zürich Altstetten der einführende Extrazug mit Hunderten FCB-Fans eingekesselt und die Fans wurden in der Haftstrasse bei der Kaserne

stundenlang festgehalten. Ich wurde die Anwältin dieser Fans, weil ich eine Parallele zur Repression am 1. Mai oder gegen die Anti-WEF-Demonstrierenden sah. Neue Repressionsmethoden werden gerne an der Gesellschaft missliebigen Akteur:innen erprobt. Für die Euro 2008 wurde das verfassungswidrige und befristete «Hooligangengesetz» verabschiedet, welches dann durch das Hooligankonkordat abgelöst wurde. Neu waren Rayonverbote, Meldeauflagen und präventive Haft möglich. 1994 hatte man dies mit den Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht schon für Asylbewerber:innen eingeführt. Stadien und Polizeien wurden mit immer besseren Überwachungskameras ausgestattet. Die Gewalt in den Stadien hat markant abgenommen. Meistens handelt es sich bei den Vergehen um den Einsatz verbotener Pyro. Jahr für Jahr besuchen mehr Menschen, vor allem auch Frauen und Familien, die Stadien. Ausserhalb der Stadien kommt es – mal mehr, mal weniger – immer noch zu Auseinandersetzungen. Beeinträchtigt wird dabei auch der öffentliche Verkehr und es kommt zu Drohungen und Verletzungen von Personal. Dies ärgert viele Menschen zu Recht. Politik und Medien machen Stimmung und rufen nach mehr Repression, härteren Strafen und immer neuen Massnahmen. Die Verfolgung von Einzeltäter:innen ist mühsam, dauert länger und ist nicht so publikumswirksam. Dass sie aber durchaus erfolgreich ist, wird ausgeblendet. Aktuell ist das Kaskadenmodell der KKJPD mit seinen Sektorensperren in aller Munde. Und obwohl sich die Fachleute praktisch einig sind, dass diese Massnahmen nicht zielführend sind und Kollektivstrafen die Falschen treffen, scheint deren Einführung unausweichlich zu sein. Für die Rechte, weil sie sowieso auf Repression setzt, für die Vertreter:innen von Linksgrün in den Exekutiven aus opportunistischen Gründen.

Manuela Schiller, alt AL-Vorstand

# Armut macht krank!

**Gleichbehandlung und niederschwelliger Zugang sind die Säulen unserer Gesundheitsversorgung. Trotzdem sind soziale Ungleichheiten zwischen Personen und Gruppen und ihre Ungleichbehandlung in der Medizin eine Realität! Allein der bezahlbare Zugang zu den Leistungen des Gesundheitssystems ist für viele in der Schweiz eine Hürde.**

In unserem Podiumsbeitrag zum 1. Mai beleuchtete David Winizki den Zusammenhang zwischen niedrigem Einkommen und Verzicht auf notwendige Gesundheitsleistungen, weil diese das Haushaltsbudget zu stark belasten. Armut bei uns definiert sich durch Schulden, Ratenkäufe, die Unfähigkeit, unerwartete Rechnungen zu begleichen, fehlendes Geld für Ferien, mangelhafte Zahnversorgung, soziale Isolation usw. Laut Caritas Schweiz galten 2022 rund 700'000 Menschen in der Schweiz als armutsbetroffen, über 1.3 Millionen als armutsgefährdet und damit ebenso von gesundheitlicher Ungleichheit tangiert.

### Kampf gegen unsoziale Kopfprämien

Für die AL stehen Prävention, frühzeitige Intervention, der Abbau von Barrieren und Zugangsschwierigkeiten in der Gesundheitsversorgung sowie die Überwindung der unsozialen Krankenkassen-Kopfprämien im Vordergrund. Anhand eines einfachen Kreismodells mit einer «zentrifugalen Kraft», die nach aussen zieht, zeigten Kantonsrätin Nicole Wyss und ich auf, in welchen Gesellschaftsbereichen die AL stabilisierend wirkt und wo sie sich für jene einsetzt, die «aus dem System fallen». Wir starteten beim Kern des Übels, den unsozialen gesetzlichen

Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen. Ohne individuelle Prämienverbilligung (IPV) kommen viele nicht mehr über die Runden. Seit zwei Jahrzehnten kämpft die AL hartnäckig für die Stärkung der IPV, gegen Abbaupläne, gegen Mechanismen im Vollzug, die die Umverteilungswirkung schwächen. Wir hinterfragten, warum Menschen in eine prekäre Lage kommen und gesundheitliche Versorgung zum Luxus wird. Die Aussicht auf ein Einkommen, das über dem Existenzminimum liegt, setzt intakte Bildungschancen voraus. Deshalb fordert die AL-Gesundheitsgruppe in ihren Thesen, gesundheitsrelevante Aspekte bei allen politischen Entscheidungen einzubeziehen. Und: Das AL-Konzept des interkulturellen Übersetzens ist ein gesünderer Ansatz als der Kostendeckel der «Mitte»! Im Abbau von sprachlichen Barrieren liegt Potenzial, Gesundheitskompetenzen von Betroffenen zu stärken und die Behandlungsqualität zu verbessern.

### Recht auf Gesundheit für alle

Zum Schluss gelangten wir an den «Kreisrand», zu besonders vulnerablen Menschen und dem von der AL lancierten Pilotprojekt zur Gesundheitsversorgung von Sans Papiers. Ohne Krankenversicherung und offizielle Identitätsdokumente sind sie einem hohen Risiko ausgesetzt, keine adäquate Gesundheitsversorgung zu erhalten. Eine AL-Motion bewirkte einen Paradigma-Wechsel, der das Recht auf Gesundheitsversorgung, unabhängig vom Aufenthaltsstatus, in den Fokus rückte und u.a. den Zugang zum städtischen Ambulatorium ermöglichte.

**Tanja Maag, Co-Fraktionspräsidentin Gemeinderat**



Das Podium der AL-Gesundheitsgruppe zu diesem Thema (Bild: Tanja Maag)